

III. Freiheit für Forschung und Innovationen

Der Wissenschaftsstandort NRW fällt zurück – Spitzenforscher wandern aus

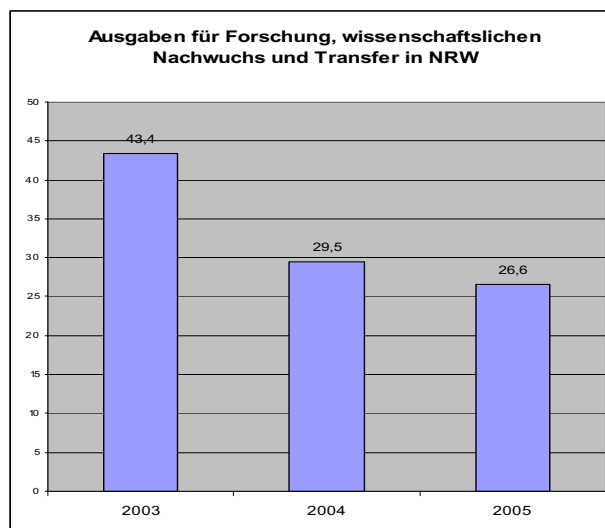
Wissenschaft, Forschung und technologische Entwicklung stellen für jedes wirtschaftliche System Schlüsselkompetenzen dar, die maßgeblich zur Erhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und der nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung beiträgt. Ohne eine wissenschaftlich exzellente und wirtschaftlich leistungsfähige Wissenschafts- und Forschungslandschaft können keine Innovationen entstehen, Arbeitsplätze können nicht erhalten und ausgebaut werden, Eliten verlieren das Interesse an der Mitwirkung in diesem System und suchen sich andere, attraktivere Systeme oder Betätigungsfelder: Ein System verliert politisch, kulturell und ökonomisch an Attraktivität und Profil. Grundlagenforschung und anwendungsorientierte, angewandte Forschung und Entwicklung bedingen einander. Nur wenn alle Komponenten von Wissenschaft, Forschung und Technologie miteinander in Einklang gebracht und mit nationalen und europäischen Programmen und Projekten vernetzt werden, kann NRW und damit Deutschland seine Kompetenzen erhalten und steigern.

Nordrhein-Westfalen ist deshalb ein Land mit beachtlichen Chancen: Es hat mit 37 staatlichen und 21 privaten Hochschulen sowie 19 außeruniversitären Forschungseinrichtungen mit 93 An-Instituten die dichteste Forschungs- und Hochschullandschaft in Europa. Hier haben innovative Unternehmen ihren Sitz und engagierte Wissenschaftler

haben sich insbesondere in den Bereichen Materialwissenschaften, Bauwesen, Maschinenbau, in der Stammzellenforschung sowie der Mikro- und Nanotechnologie internationales Renommee erarbeitet. Neue Technologien und Verfahren sind für NRW eine Chance für mehr Beschäftigung und Wachstum.

Die vom Weltmarkt und unseren europäischen Wettbewerbern vorgegebene Dynamik ist für Nordrhein-Westfalen aber auch mit großen Risiken verbunden. Angesichts der globalen Neuverteilung von Arbeitsplätzen und Wohlstand werden wir nur bestehen können, wenn unser Land an der Spitze des wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Fortschritts steht. Als im internationalen Vergleich teurer Standort sind wir darauf angewiesen, in vielen Fachgebieten immer wieder von neuem Vorsprünge zu erringen, um unsere hohen sozialen und ökologischen Standards zu behaupten. Deutschland insgesamt befindet sich im internationalen Vergleich dabei in einer gegenwärtig noch respektablem Position. Diese verdankt sie vor allem den wachstums- und innovationsstarken Bundesländern im Süden. In Nordrhein-Westfalen haben dagegen seit mindestens zwei Jahrzehnten falsche Weichenstellungen den notwendigen Strukturwandel verzögert. In unserem Land besteht heute dringender Handlungsbedarf:

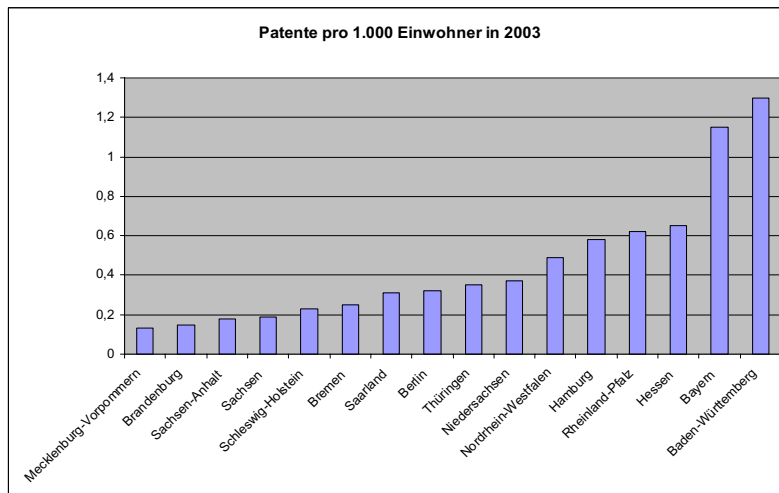
- Die nordrhein-westfälische Wirtschaft ist von Branchen geprägt, die unter starken internationalen Wettbewerbsdruck stehen und die gleichermaßen geringes Wachstum wie Innovationspotenzial haben. Rot-Grün hat sich zu lange nur auf die Montanindustrie konzentriert und Zukunftsbranchen ignoriert. Trotzdem haben innovative Unternehmen in zahlreichen Bereichen Weltmarktführerschaft errungen. Es sind aber noch zu wenige, um insgesamt eine größere Wachstumsdynamik in NRW zu entfalten.
- Von dem so genannten Barcelona-Ziel, nach dem in den EU-Mitgliedsstaaten bis 2010 für Forschung und Entwicklung 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes verausgabt werden sollen, ist Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 1,8 Prozent noch weit entfernt, während Bayern dieses Ziel heute bereits erreicht hat. Jahrzehntelang falsch gestellte Weichen in der Wirtschaftspolitik, die zu der ungünstigen Wirtschaftsstruktur unseres Landes geführt haben, machen sich auch hier nachteilig bemerkbar: Während in Bayern allein die privaten Ausgaben für Innovationen 2,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen, sind es hierzulande lediglich 1,1 Prozent.



Quelle: Landesregierung, Landeshaushalt 2004/2005

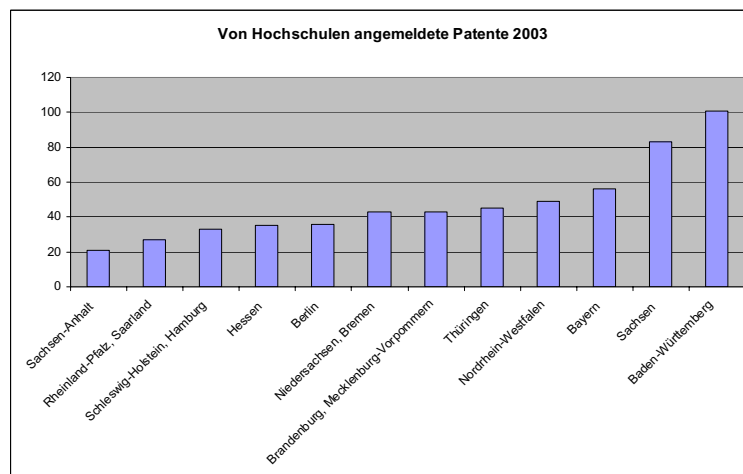
Dieser Standortnachteil wird durch die unverständliche Entscheidung der rot-grünen Landesregierung, die öffentlichen Ausgaben für Forschung, wissenschaftlichen Nachwuchs und Wissenstransfer zwischen 2003 und 2005 um fast 40 Prozent zu reduzieren, noch verschärft. Der vor einigen Jahren noch bestehende Beirat für Forschungsförderung wurde unterdessen mangels Masse abgeschafft. Freie und erfolgreiche Forschung bewegt sich aber nicht in Haushaltsjahren, sondern in mehrjährigen Zyklen und benötigt darum eine besonders verlässliche, stetige und langfristig abgesicherte Förderung.

- Die Zahl der Patentanmeldungen aus NRW ist zurückgegangen. Im Ländervergleich liegt unser Land deutlich hinter Baden-Württemberg und Bayern, aber auch hinter Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg zurück.



Quelle: DPMA, Jahresbericht 2003

Auch hier wirkt sich die Struktur der Fachrichtungen an Hochschulen nachteilig aus: So werden nur 0,55 Prozent der Patente in NRW aus Hochschulen angemeldet. Die süddeutschen Ländern und auch Sachsen haben unserem Land den Rang abgelaufen.



Quelle: DPMA, Jahresbericht 2003

- In Nordrhein-Westfalen weisen nur 8,2 Prozent der Beschäftigten einen Fach- oder Hochschulabschluss auf. In Sachsen sind es beispielsweise 12,2 Prozent, in Hessen 10,5 und in Baden-Württemberg 9,1 Prozent.
- Auf 1.000 Erwerbstätige kommen in Deutschland nur 6,7 Forscher, in Schweden sind es 10,6, in Japan 10,2, in den USA 8,6 und in Frankreich 7,1.
- Viele hochqualifizierte Wissenschaftler verlassen unser Land in Richtung Großbritannien und USA, weil dort die bürokratischen und finanziellen Rahmenbedingungen für die Forschung günstiger sind als hierzulande. Vor allem aber fehlen in Deutschland aufgrund politischer Entscheidungen inzwischen vielfach Anwendungstechnologien. In diesen Feldern engagierte Wissenschaftler haben keine Perspektive. Ein Beispiel dafür ist die Kernkraft, in der deutsche Forscher einst weltweit führend waren. Es wächst die Gefahr, dass die Bio- und Gentechnik dieses Schicksal teilen wird, denn eine im Mai 2004 veröffentlichte Delphi-Studie hat öffentlich gemacht, dass bis zu 50 Prozent der Stammzellenforscher erwägen, Deutschland wegen zu restriktiver Forschungsbedingungen zu verlassen.

NRW wird Wissenschaftsstandort Nr. 1 mit internationalem Ansehen

Die Freien Demokraten nehmen diese bedrückende Ausgangslage als Herausforderung an: Bis 2015 wollen wir Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb um Köpfe und Investitionen wieder zu einem der führenden Innovationsstandorte in Deutschland und Europa entwickeln. Wir stehen für

- einen Neustart in der Prioritätensetzung für Innovationen,
- einen Neustart für Spitzenleistungen in der Forschung,
- einen Neustart für Natur- und Ingenieurwissenschaften,

- einen Neustart für Bio- und Gentechnologie,
- einen Neustart für ein Wertschöpfungsnetzwerk,
- einen Neustart für den innovativen Mittelstand.

1. Neustart in der Prioritätensetzung für Innovationen

Innovation lässt sich nicht staatlich verordnen, politisch planen oder schlicht erkaufen. Der Staat kann die Marktcompetenz der Wirtschaft und die Forschungscompetenz der Wissenschaft nicht ersetzen. Viel zu lange hat sich die rot-grüne Koalition das Wissen angemaßt, Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen mit bürokratischen Vorgaben steuern zu können. Die wichtigste Voraussetzung für Neuerungen in Forschung und Technik ist aber die Freiheit von Wissenschaftlern und Ingenieuren, ungehindert aus dem in der Gesellschaft schon vorhandenen Wissen neues schöpfen zu können. Freiheit von Bürokratie ist Freiheit für Innovation.

Allerdings benötigt der Wissensstandort NRW gerade in Zeiten des verspäteten Strukturwandels auch Förderung durch die öffentliche Hand. Die Programmchen, Initiativen und bunten Heftchen der rot-grünen Landesregierung waren nie mit Prioritäten und echten Ressourcen hinterlegt. Die zahllosen Arbeitskreise und Lenkungsgruppen haben vor allem leere Töpfe verwaltet. Die Freien Demokraten stehen deshalb für einen Neustart in der nordrhein-westfälischen Innovationspolitik.

Die FDP will für NRW

- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass durch konsequente Deregulierung, eine gezielte Forschungsförderung, Wissenstransfer und ein technologiefreundliches Klima in der Gesellschaft bis zum Jahr 2010 mindestens 10.000 innovative Unternehmen neu gegründet werden.

In Bayern haben technologieorientierte Gründungen im Schnitt zwölf hochqualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. Damit wird unser Land auch als Standort für die Neuansiedlung von etablierten Unternehmen wieder attraktiv. Im Ergebnis verbessert sich der heute nachteilige Branchen-Mix in Nordrhein-Westfalen.

Die FDP will für NRW

- die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das so genannte Barcelona-Ziel, nach dem die EU-Volkswirtschaften bis 2010 für Forschung und Entwicklung 3 Prozent des BIP verausgaben sollen, tatsächlich auch in NRW erreicht und bis 2015 mit 4 Prozent übertroffen wird.

Mit der Politik der rot-grünen Landesregierung ist die gegenüber dem Status quo dafür erforderliche Steigerung der öffentlichen und privaten Forschungsausgaben um über 160 Prozent in den kommenden fünf Jahren nicht erreichbar.

Die FDP will für NRW

- die öffentlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung dagegen übergangsweise und international wahrnehmbar durch einen mit einer Milliarde Euro dotierten NRW-Innovationsfonds erhöhen, um mit dieser Aktivierungsenergie eine Verstärkung der privaten Forschungsaktivität in der Wirtschaft, innovative Unternehmensgründungen und Unternehmensansiedlungen zu forcieren.

Traditionelle Forschungs- und Technologieprogramme betonen die Bedeutung der Natur- und Ingenieurwissenschaften. Sozial-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtswissenschaften sind aber für die Erhaltung und Fortentwicklung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen von eminenter Bedeutung. Nur mit ihnen lässt sich z.B. die gesellschaftliche Akzeptanz von neuen Technologien fördern. Werden sie außer acht gelassen oder hinken hinterher, wird die Einführung von Technologie erheblich behindert, wie beispielsweise im IT-Bereich, in denen die Rechtswissenschaften zu weit hinterher hinken.

Die FDP will für NRW

- deshalb einen ganzheitlichen, interdisziplinären Ansatz in der Forschungspolitik, der auch die Gesellschaftswissenschaften im weiteren Sinne einbezieht.

2. Neustart für Spitzenleistungen in der Forschung

In Nordrhein-Westfalen steht der dichtesten Hochschullandschaft in Europa die dichteste Hochschulbürokratie gegenüber. Detailregelungen der rot-grünen Landesregierung fesseln das Innovations- und Wachstumspotenzial an Rhein und Ruhr. Mit den Vorgaben des Dienst- und Tarifrechts, der unzureichenden Budgethoheit, der fehlenden Bauherren- wie Dienstherreneigenschaft und nicht zuletzt wegen der Zuteilung von Studenten durch die ZVS statt eines generellen Auswahlrechtes werden die NRW-Hochschulen im Wettbewerb mit privaten und öffentlichen Wett-

bewerbern um die besten Köpfe in Deutschland, Europa und der Welt behindert.

Exzellente Wissenschaftler werden mit starren Besoldungsvorgaben, unklaren Karriereperspektiven und bürokratischen Gängelungen zu Lehrumfang und Präsenz und Mittelverwaltung aus Nordrhein-Westfalen vertrieben. Die Berufungsfähigkeit nordrhein-westfälischer Hochschulen hält dem nationalen und vor allem dem internationalen Wettbewerb nicht stand.

Nicht nur innovative Unternehmen machen einen Bogen um NRW. Zunehmend werden auch Großforschungseinrichtungen oder außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die von der Bundesregierung gefördert werden, in Süd- oder Ostdeutschland angesiedelt.

Die FDP in NRW will deshalb einen Neustart für Spitzenleistungen in der Forschung:

- Das Hochschulwesen wird konsequent dereguliert, damit Wissenschaftler sich auf ihre Forschung statt auf Bürokratie konzentrieren können.
- Nordrhein-Westfalen muss seinen Einfluss bei Standortentscheidungen von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und bei der Vergabe von Fördermitteln der EU wieder stärker geltend machen.
- Wir werden den Sonderfonds zur Anwerbung internationaler Spitzenforscher verdoppeln.

3. Neustart für Natur- und Ingenieurwissenschaften

Einen besonderen Stellenwert für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft haben die Natur- und Ingenieurwissenschaften. Und gerade hier zeichnet sich ein dramatischer Mangel an Nachwuchskräften ab. Schon heute können nicht alle offenen Stellen in Nordrhein-Westfalen qualifiziert besetzt werden. Die mit dem Ende dieses Jahrzehnts beginnende Pensionierungswelle wird diese Situation in Verbindung mit den im europäischen und internationalen Vergleich geringen Absolventenzahlen entsprechender Fächer weiter verschärfen.

So absolvierten von 10.000 Einwohnern im Alter von 25 bis 34 Jahren in Deutschland nur 69 ein natur- und ingenieurwissenschaftliches Studium. Dagegen sind es in Finnland 136, in Japan 105, in den USA 88. NRW muss bei den Studierendenzahlen natur- und ingenieurwissenschaftlicher Fächer wieder den Spitzenplatz in Europa erreichen.

Die FDP will deshalb einen Neustart für Natur- und Ingenieurwissenschaften:

- Der Stellenwert im Fächerkanon und die Attraktivität des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den Schulen müssen gestärkt werden. Schulen, die im Rahmen ihrer Profilbildung einen Schwerpunkt in diesem Bereich setzen wollen, müssen auch durch das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt werden. Insbesondere sind alle bürokratischen Hemmnisse zu beseitigen, die der Förderung entsprechender Bildungseinrichtungen durch private Stiftungen und die Wirtschaft im Wege stehen.
- Das Land muss Hochschulen und Forschungseinrichtungen Anreize für den Ausbau der Angebote für Schüler geben, um etwa durch Schülerlabore oder spezielle Vorlesungsreihen die Faszination von Wissenschaft und Technik zu vermitteln. Beispielhaft sind entsprechende Maßnahmen an der Ruhruniversität Bochum.
- Die gemeinsam von Schulen, Hochschulen und Unternehmen getragenen naturwissenschaftlich-technischen Forschungsprojekte für besonders interessierte und hochbegabte Schüler und ihre Lehrer müssen vom Land gefördert werden.
- Die Zusammenlegung der in der Schule unterrichteten Naturwissenschaften zu einem Fach lehnen wir ab.

4. Neustart für Bio- und Gentechnologie

Die Bio- und Gentechnologie ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Rote (Medizin), grüne (Ernährung), blaue (Pharmazie), graue (Umweltschutz) und weiße (Industrie) Biotechnologie bietet nicht nur Chancen für Wachstum und Beschäftigung, sondern insbesondere auch für die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen und der Linderung des Leids von Kranken und Behinderten.

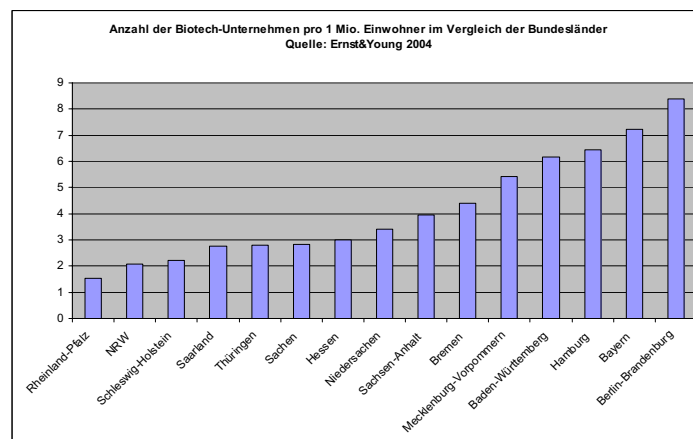
In diesen Forschungsgebieten hat Deutschland lange Zeit eine Vorreiterrolle gespielt. Beispielsweise mit dem Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln, aber auch den renommierten Stammzellforschern aus Bonn ist gerade in NRW hervorragendes Know-how vorhanden. Die Position unseres Landes verschlechtert sich aber zunehmend. Die rot-grünen Regierungen in Berlin und Düsseldorf sorgen gemeinsam mit der CDU dafür, dass sich die deutsche Forschung im europäischen Forschungsraum isoliert. Überdies versucht Deutschland, seine ethischen Vorstellungen den anderen Partnern in der EU zu diktieren:

- Die Stammzellforschung gibt Betroffenen beispielsweise zu der Hoffnung Anlass, dass im nächsten Jahrzehnt bislang unheilbare Krankheiten wie Multiple Sklerose und Parkinson therapiert werden können und neue Arzneimittel gegen Herzkrankheiten und Diabetes zur Verfügung stehen. Eine Stellungnahme des Nationalen Ethikrates ist im September 2004 leider verschoben worden, obwohl sich eine Mehrheit nicht zuletzt aus diesen Gründen für das therapeutische Klonen ausgesprochen hat, das die Zucht von Ersatzgewebe aus embryonalen Stammzellen zum Gegenstand hat. Zellen, die in Deutschland in der künstlichen Befruchtung nicht benötigt und derzeit dauerhaft eingefroren werden, dürfen aber nach dem Embryonenschutzgesetz nicht für die Forschung verwendet werden. Deutsche Forscher dürfen nach gegenwärtiger Rechtslage nur mit Stammzelllinien arbeiten, die vor dem Stichtag 1.1.2002 etabliert wurden. Zudem hat die Bundesregierung einen Konflikt um die Finanzierung von Stammzellforschung aus EU-Geldern geschürt.
- Die Vereinten Nationen haben wiederholt die Bedeutung der Gentechnik zur Bekämpfung des Hungers in der Dritten Welt unterstrichen. In Zukunft könnten Kulturpflanzen gezüchtet werden, die eine günstigere und umweltfreundlichere (verminderter Einsatz von Pflanzenschutzmitteln), aber auch hochwertigere (optimierte Inhaltsstoffe, reduzierte Allergene) Landwirtschaft ermöglichen. Die Gentechnik steht in Deutschland aber vor dem Aus, da das von der Bundesregierung beschlossene Gesetz Forschung und industrielle Freilandversuche blockiert. Hochqualifizierte Arbeitsplätze in Industrie und Forschung werden in das europäische Ausland abwandern. Im Bereich der Lebensmittelenzyme hat die gesamte Industrie Deutschland bereits verlassen, allein 1.000 Arbeitsplätze sind nach Österreich verlagert worden.

Wie sein Vorgänger konnte auch der amtierende Ministerpräsident seine Sympathie für die Chancen der Bio- und Gentechnologie nicht in praktisches Regierungshandeln ummünzen, denn insbesondere die Grünen wollen unser Land zur „gentechnikfreien Zone“ erklären. In der Folge würde dann nicht nur die Entwicklung neuer Wirkstoffe verhindert, sondern auch die Therapie mit andernorts unter Einsatz etwa von Stammzellen entwickelten Präparaten – Betroffenen in Nordrhein-Westfalen bliebe damit die Chance auf ein menschenwürdiges Leben vorenthalten. Diese Menschen wären die Opfer eines einseitigen moralischen Absolutheitsanspruches der Grünen. Für uns Freie Demokraten steht dagegen die Ethik des Heilens im Vordergrund.

Die politischen Entscheidungen hierzulande bilden einen kaum überwindbaren Standortnachteil für die deutsche Forschung. In diesem Feld tätige Unternehmen und Forscher müssen den Eindruck gewinnen, dass sie in NRW und in Deutschland insgesamt nicht willkommen sind. Wegen der langen Entwicklungszeiträume sind sie aber auf stabile Rahmenbedingungen angewiesen. Die Akteure entscheiden sich deshalb gegen den Standort NRW bzw. gegen den Standort Deutschland insgesamt. So hat der US-Bundesstaat North Carolina seine Biotechnologie-Partnerschaft mit NRW gekündigt und ist eine neue mit Mecklenburg-Vorpommern eingegangen.

Schon heute zeigt sich, dass NRW die Chancen für innovative Unternehmensgründungen im Feld der Bio- und Gentechnik nicht ausgeschöpft hat. Bezogen auf die Zahl der Unternehmen pro 1 Million Einwohner liegt NRW auf dem vorletzten Platz im Vergleich der Bundesländer.



Wer in Nordrhein-Westfalen Verantwortung übernehmen will, muss aus humanen Gründen der Forschung im Feld der Bio- und Gentechnologie neue Freiheit gewähren.

Die FDP will deshalb einen Neustart für die Bio- und Gentechnologie in NRW:

- Eine von der FDP getragene Regierung wird sich noch im Jahr 2005 zu den Chancen der Gen- und Biotechnologie bekennen, damit Forscher am Standort bleiben und damit die Potenziale konsequent für die Linderung von Leid und die Erschließung von Wachstumspotenzialen genutzt werden. Ein ethischer Absolutheitsanspruch und öko-ideologische Scheuklappen dürfen gegenüber den europäischen Partnern und den USA nicht länger das Handeln bestimmen.

- Die FDP wird über den Bundesrat umgehend eine Initiative zur Weiterentwicklung der Regelungen zur Forschung an embryonalen Stammzellen ergreifen, so dass diese die Mitarbeit deutscher Forscher in internationalen Forschungsprojekten nicht länger gefährden. Insbesondere muss dabei die gegenwärtig gültige Stichtagsregelung gestrichen werden, nach der der Zugang zu Stammzellenlinien verwehrt wird, die für die Forschung benötigt werden.
- Die Erforschung der Chancen und Risiken der Gentechnik durch Freilandversuche muss durch eine 1:1-Umsetzung der entsprechenden EU-Richtlinie ermöglicht werden. Es ist im Hinblick auf das forschungsfeindliche Gentechnikrecht der Bundesregierung ein Haftungsfonds zu gründen.
- Die FDP ist für Aufklärung und Transparenz! Jeder Bürger soll die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, welche Nahrungsmittel er zu sich nimmt. Allen Verbrauchern muss die Chance gegeben werden, ganz auf GVOs (gentechnisch veränderte Organismen) in ihrer Ernährung verzichten zu können, wenn es ihrer persönlichen Überzeugung entspricht. Aus diesem Grund setzt sich die FDP für Auskunft- und Kennzeichnungspflichten ein. Jeder Verbraucher soll in die Lage versetzt werden, seine Entscheidung bewusst und souverän zu treffen.
- NRW hat beste Chancen, sich zu einem weltweit bedeutenden Standort für die Gesundheitswirtschaft zu entwickeln. Schon heute sind eine Millionen Menschen in der nordrhein-westfälischen Gesundheitsbranche beschäftigt. Diese Stärke muss das Land durch eine konsistente Strategie für die weitere Entwicklung der entsprechenden Branchen nutzen. Hierfür müssen die notwendigen Voraussetzungen für die Entfaltungsmöglichkeiten im Feld der Bio- und Gentechnik geschaffen werden.

5. Neustart für ein Wertschöpfungsnetzwerk NRW

Die industrielle und die nicht-industrielle Forschung bilden den „Wissens-Pool“, aus dem innovative Produkte, Prozesse und Dienstleistung hervorgehen, die sich am Markt durchsetzen. Innovation entsteht dabei aber nicht mehr entlang einer starren Wertschöpfungskette, sondern in dauerhaften Wertschöpfungsnetzwerken zwischen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie unterschiedlichen Unternehmen aller Größen und Branchen.

Wir wollen ermöglichen, dass Hochschulen, universitäre und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen ihr Know-how an den Markt bringen und sich mit Unternehmen aller Größen und Branchen in Nordrhein-Westfalen zu einem eng geknüpften Wertschöpfungsnetzwerk verbinden. Die Bildung solcher Netzwerke rund um Hochschulen, der Wissensaustausch zwischen Wissenschaft und Forschung sowie die Forschungsaktivität der Unternehmen entscheiden über die Zukunft des Innovationsstandorts Nordrhein-Westfalen.

Die bestehenden Vermittlungsstellen und Transfereinrichtungen setzen für den Wissenstransfer noch zu sehr auf überholte Strategien, nach denen ein Bestand an Forschungsergebnissen lediglich an Unternehmen vermittelt werden muss (lineares Modell). Aus den Speckgürteln rund um amerikanische Elite-Universitäten ist dagegen ablesbar: Erfolgreicher Wissenstransfer ist keine Einbahnstraße. Statt punktueller Zusammenarbeit müssen deshalb auch in NRW die Möglichkeiten für langfristig angelegte, direkte Kooperationen zwischen Wissenschaftlern und verschiedenen Unternehmen verbessert werden (rekursives Modell). Sie müssen ihre Arbeitsweisen dazu flächendeckend modernisieren, um aktiv Netzwerke zu entwickeln, Wissenschaftler administrativ zu entlasten und Dienstleistungen für regionale „Cluster“ zu erbringen. Die zahlreichen Initiativen zur Forschungsförderung und Cluster-Bildung sind bisher weitgehend unkoordiniert. Statt einer einheitlichen Strategie und klar umrissener Prioritätensetzungen hat die rot-grüne Landesregierung eine Unzahl von Task-Forces, Lenkungsgruppen, interministeriellen Arbeitskreisen etc. eingesetzt.

Wissens- und Technologietransfer erfolgt insbesondere über die Mobilität des Personals bzw. über die Gründung von *Spin-off*-Unternehmen im direkten Umfeld von Hochschulen durch Hochschulmitarbeiter oder Absolventen. Das öffentliche Dienstrecht ist dafür allerdings immer noch zu inflexibel, das Interesse der *alma mater* an innovativen Gründungen in ihrem Umfeld vielfach zu gering und die Förderung des Landes kaum der Rede wert. Die aktive Förderung von Unternehmensgründungen ist gegenwärtig – im Gegensatz zu z.B. Hessen – zudem noch nicht einmal ein gesetzliches Ziel des NRW-Hochschulwesens.

Die FDP will daher einen Neustart für ein Wertschöpfungsnetzwerk

- Die Bildung von Innovationsclustern zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen wird ein Förderschwerpunkt des Landes. Die aus dem einzurichtenden NRW-Innovationsfonds zu vergebenden Mittel werden dabei prinzipiell im Wettbewerb ausgeschrieben, um die regionalen Vernetzungsinisiativen zu besonderen Innovationsleistungen anzuspornen. Statt der Vergabe mit der Gießkanne werden die knappen Gelder im Ergebnis auf die aussichtsreichsten Kompetenzzentren im Land konzentriert, die von sich die größten Arbeitsmarkt- und Wachstumseffekte versprechen.

- Eine neue NRW-Innovationsagentur in privater Rechtsform bündelt die bisher vom Wissenschaftsministerium und verschiedenen Gesellschaften unternommenen Vernetzungs-, Beratungs- und Förderinitiativen, die Öffentlichkeitsarbeit für den Wissensstandort NRW sowie die Organisation des Wissenstransfers unter einem Dach. An die Stelle von politischer Einflussnahme sollen nach bayerischem Vorbild gemeinsame Anstrengungen von Wirtschaft und Wissenschaft treten. Deshalb werden die Gelder des NRW-Innovationsfonds auch von dieser Gesellschaft verwaltet. Die NRW-Innovationsagentur soll einerseits Innovationsimpulse im Mittelstand setzen. Andererseits muss sie ihr Augenmerk aber auch die Potenziale und Bedürfnisse der Global Player mit Sitz in NRW richten, die in unserem Land wieder stärker forschen und investieren sollen.
- Das Land muss öffentliche Hochschulen aktiv ermuntern, in private Rechtsformen zu wechseln. Diese Organisationsformen begünstigen die Ausgründung von innovativen Spin-off's vor allem dann, wenn das Budget der Hochschule vom unternehmerischen Erfolg profitieren kann. Die Gewährung von Personal- und Budgethoheit erleichtert den Hochschulen im übrigen, beispielsweise mit ihren gründungswilligen Mitarbeitern flexible Übergangs- bzw. Nebentätigkeitsregelungen zu treffen oder die teilweise Nutzung von Ausstattung für unternehmerische Zwecke zu gestatten.
- Durch Planungs- und Investitionssicherheit, Deregulierung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren – antwortet eine Behörde nicht innerhalb von vier Wochen auf einen Antrag, gilt dieser als genehmigt – und andere Maßnahmen, muss die Forschung in privaten Unternehmen angeregt werden.
- Es müssen rechtliche, finanzielle und organisatorische Möglichkeiten eröffnet werden, Forschungsinstitute in gemeinsamer privater und öffentlicher Trägerschaft zu gründen. So kann mit Landesmitteln geförderte Grundlagenforschung als mittel- und langfristiger Kompetenzaufbau mit anwendungsorientierter Forschung verzahnt werden.
- Die Identifikation und Förderung von gründungswilligen Hochschulmitarbeitern und Absolventen wird ein gesetzliches Ziel des NRW-Hochschulwesens. Ansatzpunkt sind Diplom-Arbeiten und Dissertationen vor allem in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern, die nicht selten Keimzellen für die Gründung mittelständischer Unternehmen sein können.
- Zur Erleichterung der Finanzierung von innovativen Unternehmensgründungen muss das Land den Kontakt zu privaten Business Angels und Risikokapitalgesellschaften intensivieren. Die Vergabe von Landesbürgschaften wird auf die Finanzierung von Innovationen fokussiert.
- Zur Erleichterung des Zugangs zu Wissen ist eine intensive Vernetzung zu fördern und auf die allgemeine Verfügbarkeit des an den Hochschulen vorhandenen Wissens zu achten. Dies muss insbesondere auch die Hochschulbibliotheken umfassen, die sich zu bundesweiten, allgemein zugänglichen Informationsportalen aufstellen sollen.

6. Neustart für den innovativen Mittelstand

Innovationen erfordern heute hohe Investitionen. Viele NRW-Unternehmen kooperieren deshalb bei Forschung und Entwicklung. 32 Prozent der innovationsaktiven Unternehmen haben auf diesem Weg Projekte durchgeführt, für 64 Prozent der Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten ist dies Alltag. Großes Potenzial besteht allerdings noch beim Rückgrat der NRW-Wirtschaft, den kleinen und mittleren Unternehmen, die bislang kaum Gebrauch von diesen Möglichkeiten machen. Ihnen fehlt vielfach noch das methodische Wissen zur Abwicklung entsprechender Projekte und zur Nutzung von Hochschul-Know-how („Absorptionskompetenz“).

Die FDP in NRW will deshalb einen Neustart für den innovativen Mittelstand in NRW:

- Die Forschung und Entwicklung in kleinen und mittelständischen Unternehmen wird Schwerpunkt der Förderung durch das Land. Sie sollen gezielt für die Aufnahme in Wertschöpfungsnetzwerke mit Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Großunternehmen angesprochen werden. Die neue NRW-Innovationsagentur muss verstärkt Lehrgänge im Forschungsmanagement und methodischen Prozesswissen für kleine und mittelständische Unternehmen anbieten.
- Die anwendungsorientierte Forschung an den Fachhochschulen muss durch die Schaffung der infrastrukturellen und personellen Voraussetzungen bei Lehrenden und Studierenden gestärkt werden. Dazu gehört vor allem die Verdoppelung der Mittel für die Programme zur Verbesserung der Drittmittelfähigkeit. In diesem Feld ist das Potenzial für Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und insbesondere der mittelständischen Wirtschaft zu Gunsten beider Seiten längst nicht ausgeschöpft. Die Probleme von kleinen und mittleren Unternehmen, die keine hinreichenden Forschungs- und Entwicklungskapazitäten haben, könnten auf diesem Weg gelöst werden. Die Fachhochschulen könnten ihre weit unterdurchschnittliche Industriefinanzierungsquote ausbauen.